



Außenwirtschaft aktuell

07/2026

Seminare 4

Sprechtage / Unternehmerreisen / Veranstaltungen 4

Internationaler Beratertag meets Startups!, 27. August	4
Geschäftsreise Polen (Warschau) – Lebensmittel allgemein, 8. – 10. September	4
German-Baltic Defence Industry Conference 2026, 29. Oktober	5
US Market Entry Bootcamp (Virtuell), 2. – 5. November	5
Save the Date: Delegationsreise nach Japan, 30. Januar – 6. Februar	6

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 7

EU: Antidumpingmaßnahmen	7
EU: Wegfall der 150-Euro-Zollfreigrenze bei Kleinsendungen ab 1.7.2026	7
EU: Rat stimmt EU-Stahlschutzmaßnahmen zu	8
EU: Warenverkehr mit den Pazifik-Staaten	8
EU: Abkommen mit Ostafrika	9
EU: Digitalabkommen mit Korea	9
EU: Neue Sanktionen der EU gegenüber Russland verabschiedet	9
EU: Zollfreie Einfuhr von Düngemitteln wird gewährt	10
EU: Stahlschutzmaßnahmen	10
Norwegen: Neue Bestimmungen für Pflanzengesundheitszeugnisse	10
Schweiz: elektronische Ausstellung der EUR.1	10

Ländernotizen 12

Algerien: Neue Genehmigungen für Pharma- und Medizinimporte gestoppt	12
Brasilien: Ende der 6x1-Arbeitszeit in Brasilien	12
Europa: Entgelttransparenz in Europa	12
EU: Freihandelsabkommen EU-Indien: Dienstleistungshandel im Fokus	13
Griechenland: Maschinenbau profitiert von EU-Fördermitteln	13
Italien: Neue Regelungen wirken sich auf den Arbeitsmarkt aus	13
Saudi-Arabien: Irankrieg ordnet Saudi-Arabiens Investitionsagenda neu	13
Schweden: Kurzfristige Entsendungen lösen neue Meldepflichten aus	14
Slowenien: Interventionsgesetz verabschiedet	14
Taiwan: Wirtschaft könnte 2026 um bis zu 10 Prozent wachsen	14
Ukraine: Modernisiert das Arbeitsrecht	15
Ungarn: Ziele der neuen ungarischen Regierung	15
USA: US-Entsendung von Mitarbeitern: Doppelbesteuerung prüfen	15
USA: US-Batterieindustrie richtet sich neu aus	16

Verschiedenes	17
Prüfung ausländischer Investitionen: Rat billigt aktualisierten EU-Rahmen	17
EORI-Nummer – Verpflichtung zur Nutzung des Zoll-Portals ab dem 01.10.2026	17
EU-Exportkontrollbericht 2026	17
GTAI veröffentlicht Handbuch zum EU-Mercosur-Abkommen	18
Kooperationsprofile des Enterprise Europe Network (EEN)	18
Impressum	20

Seminare

07.07.	Praxiswissen für Zollbeauftragte - Organisation des betrieblichen Zollwesens	Online
08.07.	Dual-Use-Prüfungen und Genehmigungscodierungen: Y901 & Co.	Online
09.07.	Gelangensbestätigung & Co. - Die aktuellen Nachweispflichten für Umsatzsteuerzwecke	Online
10.07.	Abwicklung von Rückwaren, Reparaturen und Ersatzteillieferungen für Drittländer und EU-Binnenmarkt	Online
31.08.	Warenursprung und Präferenzen/Lieferantenerklärungen	Online

Sprechtage / Unternehmerreisen / Veranstaltungen

Internationaler Beratertag meets Startups!, 27. August

Internationales Wachstum braucht Übersicht und spezifisches Wissen über Zielmärkte.

Genau das möchten wir Ihnen bieten. Freuen Sie sich auf individuelle und aktuelle Themenvorträge unserer Repräsentanz- und Partnerbüros aus den USA, China, Japan, Südafrika, Polen, Skandinavien und der Türkei.

In welchen Branchen liegt Potential? Welcher Markt steigert den Absatz? Wo liegen neue Chancen der Zusammenarbeit? Diesen Fragen widmen sich die Vorträge.

Darüber hinaus möchten wir Ihnen in diesem Jahr erstmals einige interessante Startups aus Niedersachsen vorstellen.

Nutzen Sie die Gelegenheit, mit unseren niedersächsischen Auslandsvertretungen und auch mit unseren Startups ins Gespräch zu kommen.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

Geschäftsreise Polen (Warschau) – Lebensmittel allgemein, 8. – 10. September

Die DIHK DEinternational GmbH organisiert in Zusammenarbeit mit der Auslandshandelskammer in Polen (AHK Polen) und dem Verband Food – Made in Germany e. V. eine Geschäftsreise vom 8. – 10. September zum Thema Lebensmittel nach Polen.

Der polnische Lebensmittelmarkt bietet deutschen Lebensmittelherstellern gute Wachstumsmöglichkeiten. Polen zählt zu den größten Verbrauchermärkten in Mittel- und Osteuropa, mit einem geschätzten Wert des Lebensmittelmarktes von 410 Mrd. PLN (ca. 90 Mrd. EUR) und die

Nachfrage nach hochwertigen, innovativen und bequemen Lebensmittelprodukten steigt kontinuierlich.

Besonders gefragt sind Premiumprodukte, Bio-Lebensmittel, funktionale Nahrungsmittel sowie vegetarische und vegane Alternativen. Auch Convenience-Produkte gewinnen aufgrund des veränderten Konsumverhaltens an Bedeutung.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie auf der Seite der BMLEH unter [diesem Link](#).

German-Baltic Defence Industry Conference 2026, 29. Oktober

Nach dem großen Erfolg der Konferenz im Jahr 2025 freut sich die Deutsch-Baltische Handelskammer (AHK), die German-Baltic Defence Industry Conference 2026 anzukündigen, die am 29. Oktober 2026 in Vilnius stattfinden wird.

Die Konferenz 2025 markierte einen wichtigen Meilenstein mit über 300 Teilnehmenden, 42 Referenten, 5 Paneldiskussionen, 5 Breakout-Sessions und 57 B2B-Meetings – und etablierte sich als zentrale Plattform für die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zwischen Deutschland, den baltischen Staaten und der Ukraine.

Im Jahr 2026 wird die Konferenz diesen Erfolg weiter ausbauen und erneut hochrangige Vertreter aus Politik, Streitkräften, Industrie und Forschung zusammenbringen, um die sich wandelnde Sicherheitslage zu diskutieren und die Zusammenarbeit in der Region zu stärken.

Das Programm wird sich auf zentrale strategische und industrielle Themen konzentrieren, darunter Geopolitik, Drohenkrieg und autonome Systeme, Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Industrie, Verteidigungslogistik und militärische Mobilität sowie Beschaffung, Finanzierung und Fähigkeitsaufbau.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie auf der Seite der Deutsch-Baltischen Handelskammer unter [diesem Link](#).

US Market Entry Bootcamp (Virtuell), 2. – 5. November

Das virtuelle US Market Entry Bootcamp vermittelt deutschen Unternehmen kompakt an vier Nachmittagen das notwendige Fachwissen für einen erfolgreichen Eintritt in den US-amerikanischen Markt.

An allen Bootcamp-Tagen werden interaktive Expertenvorträge zu verschiedenen relevanten Themen angeboten, gefolgt von optionalen 30-minütigen Einzelberatungen zwischen den Experten und den teilnehmenden Unternehmen.

Zusätzlich erhalten alle Teilnehmer einen umfassenden Leitfaden zur Erstellung eines Businessplans für den US-Markteintritt.

Das Bootcamp findet von Montag, 3. November bis Donnerstag, 6. November von 14 Uhr bis 19 Uhr MEZ statt. Die Präsentationen sind von 14 Uhr bis 17 Uhr, gefolgt von optional buchbaren Einzelgesprächen mit den Marktexperten.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie auf der Seite der Deutsch-Amerikanischen Handelskammern unter [diesem Link](#).

Save the Date: Delegationsreise nach Japan, 30. Januar – 6. Februar

Die IHK für Ostfriesland und Papenburg, die IHK Elbe-Weser und die IHK Braunschweig planen vom 30. Januar bis zum 6. Februar 2027 eine gemeinsame Delegationsreise nach Japan. Auf dem Programm stehen Besuche in der Hauptstadt Tokio sowie in Sapporo auf der nördlichen Insel Hokkaido. Inhaltliche Schwerpunkte der Reise sind die Themen Smart Farming, Maritime Wirtschaft und Halbleitertechnologie.

Smart Farming in Hokkaido ist maßgeblich durch den Einsatz von autonomen Landmaschinen und landwirtschaftlicher Robotik geprägt. Aufgrund der für japanische Verhältnisse ungewöhnlich großen Anbauflächen dienen die dortigen Farmen als Vorreiter für die Automatisierung und Digitalisierung der Agrarwirtschaft. Der Hafen von Tokio ist einer der größten Seehäfen im Pazifik und eine zentrale Drehscheibe für den internationalen Handel. Die maritime Wirtschaft in Japan ist durch modernste Infrastruktur, Schiffbau, globale Handelsnetzwerke und technologische Innovationen geprägt.

Japans Halbleitertechnologie zeichnet sich durch die weltweite Dominanz bei Vorprodukten, Materialien und Produktionsanlagen aus. So investiert das Land stark in modernste 2-Nanometer-Forschungszentren und hochmoderne Produktionsstätten, in denen Mikrochips und Halbleiter gefertigt werden.

Bei grundsätzlichem Interesse an einer Teilnahme an der Reise kann bereits jetzt eine unverbindliche [Interessensbekundung](#) abgegeben werden.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

EU: Antidumpingmaßnahmen

Die Europäische Kommission gibt die Einführung vorläufiger Antidumpingmaßnahmen bekannt:

- [Auf Adipinsäure mit Ursprung in China](#)
- [Auf PET-Spinnvliesstoff mit Ursprung in China](#)
- [Auf Alkylphosphonsäuren mit Ursprung in China](#)
- [Auf Acrylester mit Ursprung in China, Saudi-Arabien, Südafrika und den USA](#)
- [Auf Kupferrohre mit Ursprung in China, Mexiko, Vietnam und Usbekistan](#)
- [Auf Holzfußböden mit Ursprung in China](#)
- [Auf Rohrformstücke aus Eisen mit Ursprung in China, Taiwan, Indonesien, Sri Lanka und den Philippinen](#)
- [Auf Acesulfam mit Ursprung in China](#)
- [Auf Verbindungselemente aus Eisen mit Ursprung in China](#)
- [Auf Keramik mit Ursprung in China](#)

Quelle: GTAI

EU: Wegfall der 150-Euro-Zollfreigrenze bei Kleinsendungen ab 1.7.2026

Ab dem 1. Juli 2026 wird auf Einfuhren von Waren im Fernabsatz (Kleinsendungen) mit einem Warenwert bis zu 150 Euro ein Pauschalzollbetrag i.H.v. 3 Euro je angemeldeter Warenposition erhoben. Nun hat die EU-Kommission die [Verordnung \(EU\) 2026/1200](#) vom 5. Juni 2026 erlassen, die auch die UZK-Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 (UZK-IA) ändert.

Wesentliche Inhalte:

- Für eingeführte Waren bis 150 EUR aus Fernverkäufen gelten künftig neue Zoll- und Sicherheitsregelungen. Die bisherigen Zollbefreiungen für geringwertige Sendungen entfallen.
- Die Verordnung passt zahlreiche Vorschriften zu Gesamtsicherheiten, Zollanmeldungen und Zuständigkeiten der Zollstellen an. Dabei wird insbesondere geregelt, dass die zuständige Zollstelle grundsätzlich im Bestimmungsmitgliedstaat liegen muss, wenn die besondere Mehrwertsteuerregelung (IOSS) nicht genutzt wird
- Im Zoll-Datenmodell (Anhang B) werden neue Codes eingeführt bzw. bestehende gestrichen
- Die Regelungen zum Postverkehr wurden sprachlich und inhaltlich aktualisiert, insbesondere hinsichtlich Beförderung und Kennzeichnung von Sendungen unter Verantwortung von Postbetreibern.

Weitere Informationen: [Verordnung \(EU\) 2026/1200](#)

EU: Rat stimmt EU-Stahlschutzmaßnahmen zu

Der Rat hat am 08.06.2026 eine Verordnung verabschiedet, mit der ein neuer Rahmen zum Schutz des EU-Stahlmarktes vor globalen Überkapazitäten geschaffen wird. Die neuen Vorschriften werden die derzeitige EU-Schutzmaßnahme für Stahl ersetzen, die am 30. Juni 2026 ausläuft. Die Verordnung führt ein überarbeitetes Zollkontingentsystem ein, das darauf abzielt, den negativen handelsbezogenen Auswirkungen globaler struktureller Überkapazitäten entgegenzuwirken, einschließlich einer Verringerung der Einfuhrkontingente und höherer Zölle auf Einfuhren, die diese Kontingente überschreiten. Um Umgehungen zu verhindern, führt die Verordnung zudem Bestimmungen zur „Melt-and-Pour“-Anforderung ein, die das Land identifiziert, in dem der Stahl erstmals geschmolzen und in seine ursprüngliche feste Form gegossen wurde. Die Verordnung wird im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt am 1. Juli 2026 in Kraft. Weitere Informationen finden Sie in der [Pressemitteilung des Rates der EU](#).

EU: Warenverkehr mit den Pazifik-Staaten

Für Ausfuhren von Waren mit Ursprung in der EU in die Pazifik-Staaten wird ab dem 1. September 2026 das System des "ermächtigten Ausführers" durch das System des "registrierten Ausführers" ersetzt.

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 11. Juni 2026 im [Amtsblatt \(EU\) C/2026/3209](#) eine Mitteilung zum gültigen Ursprungsnachweis für Ausfuhren aus der EU in die Pazifik-Staaten im Rahmen des Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommens EU-Pazifik mit Wirkung vom 1. September 2026.

Gemäß Art. 15 Abs. 3 des Protokolls II zum Interims-WPA gilt ab dem 1. September 2026 für Erzeugnisse mit Ursprung in der EU bei der Einfuhr in die Pazifik-Staaten die Zollpräferenzbehandlung nach dem Abkommen nur bei Vorlage einer Erklärung auf der Rechnung, die von einem gemäß EU-Recht registrierten Ausführer (REX) abgegeben wird.

Damit werden Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 durch die Pazifik-Staaten ab 1. September 2026 nicht mehr akzeptiert.

Ausführer müssen die ihnen zugewiesene REX-Nummer in den gemäß dem Abkommen ausgefertigten Erklärungen auf der Rechnung angeben. Der Wortlaut der Erklärung auf der Rechnung findet sich in Anhang IV des Protokolls II.

Wurde einem Ausführer im Einklang mit den EU-Rechtsvorschriften keine REX-Nummer zugewiesen, so kann er eine Erklärung auf der Rechnung ohne Angabe der REX-Nummer ausfertigen.

Die Zulassung als registrierter Ausführer kann über das Zoll-Portal digital beantragt werden.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Seite des Zolls](#).

Quelle: GZD

EU: Abkommen mit Ostafrika

Die EU und vier Staaten des östlichen und südlichen Afrikas (Komoren, Madagaskar, Mauritius und Seychellen) haben am 10.06.2026 die Verhandlungen über ein verstärktes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) abgeschlossen. Das WPA verbessert die Rechtssicherheit und die Bedingungen für Unternehmen, die Dienstleistungen auf dem Markt des jeweils anderen erbringen. Es bietet auch eine größere Vorhersehbarkeit für Investoren und sorgt für eine faire und diskriminierungsfreie Behandlung. Mit dem erweiterten WPA wird ein moderner und berechenbarer Rahmen für alle wichtigen Kategorien geistigen Eigentums geschaffen und die Durchsetzungsinstrumente zur Unterstützung der innovativen und kreativen Industrie in den ESA-Staaten gestärkt. Außerdem werden 135 geografische Angaben (g. A.) der EU in Madagaskar, Mauritius und den Seychellen nach einer Übergangszeit geschützt. Auf EU-Seite sollen die ausgehandelten Textentwürfe in Kürze veröffentlicht werden. Das erweiterte WPA soll auch für andere ESA-Staaten zum Beitritt offen bleiben, wobei die Verhandlungen mit Simbabwe noch nicht abgeschlossen sind. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der [Pressemitteilung der EU-Kommission](#).

Quelle: EU-Kommission

EU: Digitalabkommen mit Korea

Die EU und die Republik Korea haben am 10.06.2026 ein Abkommen über den digitalen Handel unterzeichnet. Das Abkommen ergänzt das seit 2011 bestehende Freihandelsabkommen durch verbindliche Regeln für den digitalen Handel. Dazu gehören beispielsweise die Anerkennung der Rechtsgültigkeit und Durchsetzbarkeit elektronischer Verträge und die Ermöglichung der Verwendung elektronischer Signaturen. Darüber hinaus erleichtert das Abkommen den grenzüberschreitenden Datenverkehr und verbietet die obligatorische Übertragung von Quellcode. Auf Seiten der EU bedarf die Ratifizierung der Zustimmung des Europäischen Parlaments. Das Abkommen wird anschließend vom Rat förmlich geschlossen. Weitere Informationen finden Sie auf der [Seite der EU-Kommission](#).

Quelle: EU-Kommission

EU: Neue Sanktionen der EU gegenüber Russland verabschiedet

Am 15. Juni 2028 wurden neue Sanktionen der EU gegenüber Russland verabschiedet. Schwerpunkt liegt vor allem auf den Listungen von Personen/Entitäten. Es handelt sich dabei nicht um das 21. Sanktionspaket, sondern um ein dazwischen geschobenes Listungspaket, vor Erlass des 21. Sanktionspakets.

Ein zentraler Fokus liegt auf dem russischen militärisch-industriellen Komplex: Sanktionen richten sich gegen sieben Personen und 21 Unternehmen, darunter Hersteller und Zulieferer von Drohnen sowie militärischem Gerät, auch unter Einbeziehung von Akteuren aus Drittstaaten wie China. Gleichzeitig nimmt die EU verstärkt Russlands Energieeinnahmen in den Blick, die eine wesentliche Finanzierungsquelle für den Krieg darstellen. Hier wurden zwei Personen und 24 Organisationen gelistet, die am Export von Öl und Erdölprodukten beteiligt sind, insbesondere über die sogenannte „Schattenflotte“, mit der bestehende Sanktionen umgangen werden sollen.

Weitere Informationen finden entnehmen Sie bitte der [Pressemitteilung des Rates der EU](#).

EU: Zollfreie Einfuhr von Düngemitteln wird gewährt

Die EU eröffnet Kontingente für Düngemittel, mit der eine zollfreie Einfuhr möglich ist.

Die EU ist bei Düngemitteln auf Importe angewiesen. 2024 führte die EU 6,7 Millionen Tonnen Düngemittel auf Stickstoffbasis und stickstoffhaltigen Mischungen ein. Daneben gab es Importe von zwei Millionen Tonnen Ammoniak und 5,9 Millionen Tonnen Harnstoff, die insbesondere zur Produktion von Düngemitteln verwendet wurden. Seit 2021 sind die Preise hierfür deutlich gestiegen. Die Zollsätze liegen aktuell zwischen 5,5 und 6,5 Prozent.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

EU: Stahlschutzmaßnahmen

Die bisherigen EU-Stahlschutzmaßnahmen laufen am 30. Juni aus und werden am 01. Juli durch neue Maßnahmen ersetzt. Dies ist in der [Verordnung \(EU\) 2026/1384](#) geregelt.

Die länderspezifischen Kontingente sollen nächste Woche veröffentlicht werden. Die Gesamtkontingentsmenge beläuft sich auf 18.345.922 Tonnen, aufgeteilt auf 28 Warenkategorien. Innerhalb der Kontingente sind die Einfuhren zollfrei. Für Einfuhren außerhalb der Kontingente gilt ein Zollsatz von 50 Prozent. Dieser gilt zusätzlich zu den regulären Zöllen auf Einfuhren aus Drittländern. Die Schutzmaßnahmen gelten für Einfuhren aus allen Drittländern. Die Kontingentsmenge wird jährlich festgelegt und gilt jeweils vom 1. Juli bis 30. Juni des Folgejahres. Die Verwaltung der Kontingente erfolgt quartalsweise. Die zuständigen Behörden vergeben die Kontingentsmengen nach dem Windhundprinzip. Ab 1. Oktober 2026 müssen Importeure bei der Einfuhr Angaben zum Schmelz- und Gießland der Ware machen. Innerhalb der nächsten Monate prüft die EU-Kommission zudem die Ausweitung der Stahlmaßnahmen auf weitere Produkte.

Weitere Informationen: [Verordnung \(EU\) 2026/1384](#)

Norwegen: Neue Bestimmungen für Pflanzengesundheitszeugnisse

Für Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse, die über Deutschland nach Norwegen eingeführt werden, aber ihren Ursprung in einem anderen EU-Mitgliedstaat haben, gelten strengere Anforderungen: Notwendig sind ein Pflanzengesundheitszeugnis aus dem Ursprungsland und ein Pflanzengesundheitszeugnis zur Wiederausfuhr. Das Pflanzengesundheitszeugnis aus dem Ursprungsland muss dabei für das Zielland Norwegen ausgestellt sein.

Vorausfuhrzeugnisse als Anhang von Pflanzengesundheitszeugnissen akzeptiert Norwegen nur noch bis zum 31. Juli 2026.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Schweiz: elektronische Ausstellung der EUR.1

Die Schweiz stellt seit 15. März 2026 elektronische Warenverkehrsbescheinigungen (WVB) EUR. 1 aus. Die digitale EUR.1 kann zunächst im Warenverkehr mit den Ländern der [Pan-Euromed-Zone](#) genutzt werden.

Eine Überprüfung der Echtheit der EUR.1 ist mittels eines QR-Codes oder Direktlink möglich.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Ländernotizen

Algerien: Neue Genehmigungen für Pharma- und Medizinimporte gestoppt

Das algerische Ministerium für die Pharmaindustrie nimmt bis auf Weiteres keine neuen Anträge auf Einfuhrgenehmigungen für Arzneimitteln und Medizinprodukten an. Dies geht aus einer offiziellen Mitteilung hervor. Die Maßnahme betrifft alle Wirtschaftsakteure, die eine Zulassung für die Importtätigkeit beantragen möchten. Neue Anträge werden demnach nicht mehr entgegengenommen. Das Ministerium fordert eine strikte Umsetzung der Entscheidung.

Quelle: [GTAI](#)

Brasilien: Ende der 6x1-Arbeitszeit in Brasilien

Nach heftigen Debatten im brasilianischen Parlament wird eine Verfassungsreform die Arbeitszeit verändern. In Brasilien ist das vorherrschende Arbeitszeitmodell im Handel, bei Dienstleistungen und in der Logistik der 6x1-Arbeitstag. Dieses Modell ist durch sechs aufeinanderfolgende Arbeitstage und einen bezahlten Ruhetag gekennzeichnet. Die normative Logik dahinter ist in Artikel 7, XIII der brasilianischen Verfassung ([Constituição Federal de 1988](#) - CF/88) verankert, die den Arbeitnehmern derzeit einen Arbeitstag von acht Stunden pro Tag und pro Arbeitswoche 44 Stunden garantiert. Das Arbeitsgesetzbuch ([Consolidação das Leis do Trabalho](#) - CLT) und die gesamte Arbeitsgesetzgebung basierten auf diesem verfassungsrechtlichen Parameter, der nun abgeschafft werden soll.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Europa: Entgelttransparenz in Europa

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes sind verpflichtet die Entgelttransparenzrichtlinie zum 7. Juni 2026 umzusetzen.

Im Jahr 2023 hat der Europäische Rat neue Vorschriften zur Gehaltstransparenz beschlossen. Das Ziel der [Entgelttransparenzrichtlinie \(Richtlinie \(EU\) 2023/970\)](#) ist es, Lohndiskriminierung bei gleichwertiger Arbeit zu bekämpfen und die Lücke bei Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern in Europa zu schließen (Grundsatz des gleichen Entgelts).

Die Richtlinie gilt für Arbeitgeber in öffentlichen und privaten Sektoren. Die Mitgliedstaaten sind ihrerseits dazu verpflichtet, wirksame Kontrollmechanismen einzuführen und Verstöße gegen die Vorgaben der Richtlinie zu sanktionieren.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

EU: Freihandelsabkommen EU-Indien: Dienstleistungshandel im Fokus

Das neue Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU wird ein eigenes Kapitel zum Handel mit Dienstleistungen enthalten.

In dem Ende Februar 2026 [veröffentlichten vorläufigen Textentwurf](#) (FHA-E) des noch nicht in Kraft getretenen EU-Indien-Freihandelsabkommens ([englische Fassung](#)) wird der **Dienstleistungshandel in Kapitel 8** behandelt. Es folgt ein [Kapitel zum digitalen Handel](#) (Kap. 9). Ein Kapitel zum Thema Investitionen findet sich darin nicht.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Griechenland: Maschinenbau profitiert von EU-Fördermitteln

Investitionen der griechischen Industrie kommen heimischen Maschinenherstellern zugute. Das Angebot ist begrenzt. Der Produktionswert wächst stetig.

Die Bruttoanlageinvestitionen sollen dank des EU-Aufbaufonds auch 2026 um 7,5 Prozent zulegen, schätzt die EU-Kommission. Bereits 2025 entfiel rund ein Drittel der Investitionen auf Maschinen und metallische Erzeugnisse. Der Trend setzt sich voraussichtlich bis zum Auslaufen des EU-Aufbaufonds im Dezember 2026 fort. Laut Experten stärkt das die inländische Maschinenbauindustrie. Bis Ende 2026 soll Griechenland weitere rund 9 Milliarden Euro an Zuschüssen und Krediten aus dem EU-Topf erhalten. Zusätzliche Impulse kommen aus dem EU-Partnerschaftsprogramm, das bis 2027 läuft.

Ab 2027 erwartet die EU-Kommission in ihrer Frühjahrsprognose eine deutliche Abschwächung der Investitionsdynamik. Die Bruttoanlageinvestitionen sollen dann um nur 1,3 Prozent steigen.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Italien: Neue Regelungen wirken sich auf den Arbeitsmarkt aus

Zwei Gesetzesdekrete befassen sich mit der Plattformarbeit und mit dem Gender Pay Gap. Außerdem gibt es neue Beschäftigungsanreize.

Das [Gesetzesdekret \(Decreto-Legge\) 62/2026](#) über gerechte Entlohnung, Beschäftigungsanreize und Plattformarbeit wurde am 30. April 2026 veröffentlicht und ist zum 1. Mai 2026 in Kraft getreten. Es enthält ein Maßnahmenpaket mit dem Ziel, prekäre Arbeitsbedingungen zu verhindern und gleichzeitig Einstellungsanreize für Arbeitgeber zu schaffen.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Saudi-Arabien: Irankrieg ordnet Saudi-Arabiens Investitionsagenda neu

Saudi-Arabiens Wirtschaft durchläuft eine strategische Neuausrichtung. Das Wachstum hängt 2026 stark vom regionalen Konfliktverlauf ab.

Saudi-Arabiens Wirtschaftsentwicklung steht 2026 im Zeichen einer stärker fokussierten Umsetzung der Saudi-Vision 2030. Besonders deutlich wird dies beim saudischen Staatsfonds Public Investment Fund (PIF), einem zentralen Finanzierungsinstrument des Transformationsprogramms. Mit seiner im April 2026 veröffentlichten Strategie für die Jahre 2026 bis 2030 rückt der PIF nachhaltige Wertschöpfung, höhere Investitionseffizienz und langfristige Renditen stärker in den

Vordergrund. Die Vision 2030 bleibt damit der zentrale Rahmen. Gleichzeitig richtet sich die Umsetzung stärker auf wirtschaftliche Tragfähigkeit und nationale Wertschöpfungsketten.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Schweden: Kurzfristige Entsendungen lösen neue Meldepflichten aus

Nach schwedischem Recht lösen auch kurzfristige Entsendungen nach Schweden Meldepflichten aus. Im Einzelfall kann sogar eine steuerliche Registrierung erforderlich werden.

Einer der wichtigsten Faktoren bei jeder grenzüberschreitenden Tätigkeit ist die arbeitsvertragliche Regelung. Dazu gehört die Einigung über wichtige Aspekte wie die erwartete Dauer der Entsendung nach Schweden oder die Vergütung und Leistungen, auf die der Arbeitnehmer während beziehungsweise wegen der Entsendung Anspruch hat.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Slowenien: Interventionsgesetz verabschiedet

Das neue Gesetz soll zur Reduzierung der Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge für Unternehmen führen und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung Sloweniens beleben.

Das slowenische Parlament hat am 11. Mai 2026 das [Gesetz über Interventionsmaßnahmen zur Entwicklung Sloweniens \(ZIURS\)](#) verabschiedet.

Das Gesetz umfasst ein breites Maßnahmenpaket mit dem Ziel, Unternehmen und private Haushalte finanziell zu entlasten, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu stärken und auf aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen zu reagieren.

Zu den zentralen Maßnahmen zählen steuerliche Entlastungen, darunter die Senkung der Besteuerung von Mieteinnahmen: von 25 Prozent auf 15 Prozent und im Falle von Langzeitmieten an junge Menschen (bis 30 Jahre) und junge Familien auf 5 Prozent, sowie die Einführung einer Deckelung von Sozialabgaben. Ebenso wurde eine Reduzierung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel (Senkung auf 5 Prozent für 15 Grundnahrungsmittel wie Weißmehl, Brot, Nudeln, Fleisch, Milch, Joghurt), sowie eine temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes für Energie (Senkung auf 9,5 Prozent für Strom, Erdgas, Fernwärme und Brennholz für einen Zeitraum von 9 Monaten) beschlossen.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Taiwan: Wirtschaft könnte 2026 um bis zu 10 Prozent wachsen

Taiwans Wirtschaft boomt dank KI und Halbleitern, Außenhandel und Investitionen florieren. Das beschert deutschen Zulieferern gute Geschäfte – aber nicht in allen Branchen.

Taiwans Wirtschaft erlebt einen enormen Wachstumsschub: Im 1. Quartal 2026 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorjahresquartal um 14,6 Prozent. Die Warenexporte legten um 51 Prozent zu, die Exportbestellungen um 66 Prozent. Die wertmäßigen Importe erhöhten sich um 34,8 Prozent. Solche Zuwachsraten hat die Insel seit den 1980er Jahren nicht mehr verzeichnet, als Taiwan zu einem der Tigerstaaten avancierte.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Ukraine: Modernisiert das Arbeitsrecht

Das ukrainische Arbeitsrecht steht vor einer umfassenden Reform. Der Entwurf bringt mehr Flexibilität, aber auch neue Anforderungen für Unternehmen.

Die Novelle des Arbeitsgesetzes ist ein wichtiger Bestandteil des Beitrittsprozesses der Ukraine zur Europäischen Union (EU). Sie orientiert sich an über 30 EU-Richtlinien sowie an den Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Moderne arbeitsrechtliche Grundprinzipien sollen überholte sowjetische Strukturen ablösen.

Bereits im Januar 2026 hat die ukrainische Regierung den [Gesetzentwurf Nr. 14386](#) in das Parlament eingebracht. Bei der Veranstaltung des ukrainischen Ministeriums für Wirtschaft vom 7. Mai 2026 "[Arbeitsmarkt für die Wirtschaft der Zukunft](#)" betonte der Wirtschaftsminister, Oleksy Sobolev, die Dringlichkeit der Arbeitsrechtsreform.

Der Gesetzentwurf befindet sich in der ersten parlamentarischen Lesung. Bis zur endgültigen Verabschiedung ist mit weiteren Anpassungen zu rechnen.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Ungarn: Ziele der neuen ungarischen Regierung

Die neue ungarische Regierung, geführt durch den Premier Péter Magyar, hat viele Reformen angekündigt.

Durch den politischen Systemwechsel ist das oberste Ziel der neuen Regierung die Rückkehr zu demokratischen Standards und Rechtsstaatlichkeit. Die neue Regierung setzt auf wirtschaftliche Stabilität, stärkere EU-Integration und Reformen. Wichtig dabei ist, dass man durch die Reduzierung der Regierungsdekrete mehr parlamentarische Kontrolle gewährleisten will.

Ein weiteres Ziel ist die Modernisierung der Wirtschaft und der Abbau der Korruption. Dadurch soll ein innovatives Wirtschaftsmodell geschaffen werden, das die Kleinunternehmen entlastet. Die Überprüfung staatlicher Ausgaben und öffentlicher Aufträge soll verstärkt werden. Langfristig ist die Einführung des Euros geplant.

Die neue Regierung hat noch kein vollständiges Steuerreformgesetz umgesetzt, aber klare Leitlinien formuliert.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

USA: US-Entsendung von Mitarbeitern: Doppelbesteuerung prüfen

Bei Entsendungen in die USA fürchten Arbeitnehmer und Unternehmen oft Doppelbesteuerung und Pflichten im US-Steuerrecht. Eine frühzeitige Prüfung schafft Rechtssicherheit.

Bei Auslandseinsätzen von Mitarbeitern in den USA können steuerliche Folgen sowohl in Deutschland als auch in den USA entstehen. Die steuerliche Behandlung ist stets im Einzelfall zu prüfen, da selbst vergleichbare Sachverhalte unterschiedlich beurteilt werden können. Maßgeblich ist unter anderem die persönliche Situation des Steuerpflichtigen sowie die Dauer des Auslandseinsatzs.

Im Rahmen einer Entsendung ist zunächst zu prüfen, ob nach dem jeweiligen nationalen Steuerrecht in Deutschland und/oder in den USA eine Steuerpflicht besteht. Die steuerliche Einordnung ergibt

sich dabei unmittelbar aus den gesetzlichen Regelungen der beiden Staaten und ist nicht frei gestaltbar.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

USA: US-Batterieindustrie richtet sich neu aus

Die schwache Nachfrage nach E-Autos führt zu einem Kurswechsel. US-Batteriewerke produzieren zunehmend Speicher für das Stromnetz und KI-Rechenzentren.

Als der Aktienkurs von Ford im Mai 2026 auf ein Dreijahreshoch stieg, lag der Impuls nicht im klassischen Autogeschäft. Treiber war vielmehr die Gründung der Tochtergesellschaft Ford Energy, mit der der Konzern in das neue Geschäftsfeld stationärer Energiespeicher einsteigt.

Für den Konzern stellt dies einen milliardenschweren Strategiewechsel dar: Eine ursprünglich für Elektrofahrzeuge konzipierte Batteriezellfabrik in Glendale, Kentucky wird für 2 Milliarden US-Dollar (US\$) umgerüstet und soll künftig containerbasierte Großspeichersysteme produzieren. Ab 2027 ist eine jährliche Kapazität von 20 Gigawattstunden vorgesehen.

Quelle und weitere Informationen: [GTAI](#)

Verschiedenes

Prüfung ausländischer Investitionen: Rat billigt aktualisierten EU-Rahmen

Der Rat hat am 08.06.2026 eine Verordnung zur Überarbeitung des EU-Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen (ADI) angenommen. Die neuen Vorschriften ersetzen den bestehenden Rahmen für die Prüfung ausländischer Direktinvestitionen, der seit 2020 in Kraft ist. Die überarbeitete Verordnung verpflichtet alle Mitgliedstaaten, Überprüfungsmechanismen einzurichten, die einen gemeinsamen Mindestumfang an sensiblen Sektoren, Technologien und Infrastrukturen (wie Güter mit doppeltem Verwendungszweck und militärische Ausrüstung, kritische Rohstoffe, künstliche Intelligenz, Energie, Verkehr und digitale Infrastruktur) abdecken, einschließlich ausländischer Investitionen, die über in der EU ansässige Tochtergesellschaften getätigt werden. Die Verordnung wird im Amtsblatt veröffentlicht und tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die neuen Vorschriften gelten 18 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Quelle: Rat der EU

EORI-Nummer – Verpflichtung zur Nutzung des Zoll-Portals ab dem 01.10.2026

Ab dem 1. Oktober 2026 wird die Nutzung des Zoll-Portals ATLAS für die Beantragung, Änderung der Stammdaten sowie Beendigung einer EORI-Nummer verpflichtend. Grundlage für die Verpflichtung ist Art. 6 Abs.1 UZK ([Verordnung \(EU\) Nr. 952/2013](#) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union).

Quelle: GZD

EU-Exportkontrollbericht 2026

Am 25.06.2026 hat die EU-Kommission ihren jährlichen Exportkontrollbericht veröffentlicht. Im Jahr 2024 genehmigten die EU-Mitgliedstaaten Ausfuhren von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck im Wert von 77,6 Milliarden Euro, was 3 % der gesamten Warenexporte außerhalb der EU entspricht. Dies entspricht einem leichten Anstieg gegenüber den 71 Milliarden Euro des Vorjahres. Gleichzeitig wurden 487 Transaktionen mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck von den Mitgliedstaaten aufgrund von Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit deren Endverwendung abgelehnt. Der Bericht zeigt, dass die fünf wichtigsten Bestimmungsländer für EU-Exporte von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, gemessen am Wert und auf der Grundlage von Einzel- und allgemeinen Ausfuhrgenehmigungen, China (25 %), die Vereinigten Staaten von Amerika (21 %), das Vereinigte Königreich (7 %), Südkorea (7 %) und die Ukraine (3 %) waren. In der ersten Julihälfte plant die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation zu den EU-Exportkontrollen zu starten. Den Bericht finden Sie auf der Seite der [EU-Kommission](#).

Quelle: EU-Kommission

GTAI veröffentlicht Handbuch zum EU-Mercosur-Abkommen

Mit dem Inkrafttreten des EU-Mercosur-Abkommens entsteht einer der größten Freihandelsräume der Welt. Das Abkommen legt moderne Regeln für den Handel mit Waren und Dienstleistungen fest, fördert die Diversifizierung der Märkte und schafft mehr Rechtssicherheit für transatlantische Geschäftstätigkeiten.

Um Unternehmen dabei zu unterstützen, dieses neue regulatorische Umfeld zu verstehen, hat Germany Trade & Invest ein Handbuch zum EU-Mercosur-Abkommen entwickelt. Das Handbuch basiert auf dem offiziellen Abkommenstext, fasst die wichtigsten Themen zusammen und setzt sie in Kontext. Es bietet einen fachlichen Überblick über die Anwendung des Abkommens und dessen Auswirkungen auf den internationalen Handel.

Das [Handbuch](#) finden Sie auf der Seite der GTAI.

Kooperationsprofile des Enterprise Europe Network (EEN)

Über das Enterprise Europe Network (EEN) der NBank werden regelmäßig Kooperationsprofile veröffentlicht, in denen Unternehmen beispielsweise Geschäftspartner oder Lieferanten suchen. Zur vollständigen und aktuellen Online-Datenbank auf Englisch gelangen Sie über [diese Seite](#) des EEN.

Nachfolgend finden Sie einen Auszug der aktuellen Kooperationsprofile:

- Eine belgische Einrichtung in der Abwasserwirtschaft sucht Partnerschaften, um den Einsatz von online-Sensoren zur kontinuierlichen Überwachung von Kläranlagen voranzutreiben. Ziel ist es, klassische Laboranalysen teilweise zu ersetzen und Erfahrungen zu Technik, Zuverlässigkeit und regulatorischer Anerkennung auszutauschen sowie Pilotprojekte umzusetzen.

[Weitere Informationen](#)

- Ein österreichisches KMU hat eine Technologie zur Oberflächenbehandlung von Aluminium entwickelt, um dessen Einsatz in der Elektronikindustrie zu ermöglichen und perspektivisch Kupfer zu ersetzen. Gesucht werden Partner im Bereich Aluminiumätzen und Prozesschemie, um die Technologie weiterzuentwickeln und gemeinsam zu vermarkten.

[Weitere Informationen](#)

- Ein polnischer Anbieter sucht Partner zur gemeinsamen Entwicklung hitzebeständiger Schokoladenprodukte auf Basis neuer Fetttechnologien. Die Produkte sollen auch bei hohen Temperaturen stabil und sind besonders für Exportmärkte und warme Regionen geeignet sein.

[Weitere Informationen](#)

Bei Fragen wenden Sie sich gern an Frau Judith Reicherzer,

Beratung International / Innovation

Enterprise Europe Network - NBank

Günther-Wagner-Allee 12 - 16

30177 Hannover

Telefon: 0511 30031-8618

E-Mail: judith.reicherzer@nbank.de www.nbank.de www.een-niedersachsen.de

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) Elbe-Weser

Am Schäferstieg 2

21680 Stade

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der jeweiligen IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter: <https://www.ihk.de/elbeweser/>